GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Die demokratische Erneuerung der Gewerkschaften : ein kurzer Traum?

Stolzenburg, Margit

1991

https://doi.org/10.25595/826

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stolzenburg, Margit: *Die demokratische Erneuerung der Gewerkschaften : ein kurzer Traum?*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 14 (1991) Nr: 29, 117-120. DOI: https://doi.org/10.25595/826.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Trotz Fleiß kein Preis

29

Hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Trotz Fleiß kein Preis

29

1. Auflage 1991
Eigenverlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V.
Köln (Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1)
Satz: Satzstudio Ingrid Horlemann, Köln
Druck: Farbo Druck & Grafik Team, Köln
Titel: Heidi Rautenberg, Köln

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Hrgs.: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.

14. Jahrgang (1991) Heft 29

Redaktion: Ute Annecke, Heidrun Ehrhardt, Carola Möller, Gisela Notz, Brunhilde Sauer-Burghard, Christa Wichterich
Redaktionelle Mitarbeit: Asgedeth Ghirmazion, Anja Wollny

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Farideh Akashe-Böhme, Ulrike Baureithel, Barbara Degen, Erica Fischer, Ursula Holtgrewe, Johanna Kehler, Birgit Meiners, Carola Möller, Hildegard Maria Nickel, Gisela Notz, Heike Notz, Lydia Potts, Mira Renka, Brunhilde Sauer-Burghard, Susanne Schunter-Kleemann, Tilla Siegel, Margit Stolzenburg, Gülay Toksöz, Christa Wichterich, Margherita Zander

Die „beiträge" erscheinen ca. dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 27 DM 19,–, Doppelheft DM 34,–, Abonnement (jeweils 3 Nummern) DM 48,–, Förderabonnement ab DM 60,–, Mitfrauenabonnement DM 45,– (für die Hefte 8–25/26 gelten die alten Preise, rückwirkende Abonnements bis einschließlich Heft 25/26 drei Nummern für 38,– DM). Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag zu beziehen. Abonnements ausschließlich beim Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellenangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an den Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/52 64 22 · Konto: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., Konto-Nr.: 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) und Konto-Nr. 56530–500 Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50).

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V.
Vertrieb für den Buchhandel: Frauenliteraturvertrieb GBR, Erich-Ollenhauer-Str. 231, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06 11 / 41 07 80

INHALT

Editorial 5

Trotz Fleiß kein Preis

Carola Möller
Über das Brot, das euch in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden
Teil I Der Reichtum der Wirtschaft ist die Armut der Frauen 7
Teil II Rahmenbedingungen für menschenwürdigere Arbeitsverhältnisse – Ansätze einer konkreten Utopie 15

Christa Wichterich
Frauen des Südens — Trümmerfrauen der Entwicklung 25

Lydia Potts
Migration und Bevölkerungspolitik – über Geschichte und Funktion der Frauen auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft 31

Johanna Kehler
Die Lebenssituation der Migrantin in der ehemaligen DDR 47

Mira Renka
Ubi bene, ibi patria – oder der kurze Weg in die Heimatlosigkeit 53

Gülay Toksöz
Immigrantinnen aus der Türkei: ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt und ihr gewerkschaftliches Verhalten 57

Tilla Siegel
Wenn Frauen gebraucht werden
Ein Lehrstück aus dem Nationalsozialismus 67

Susanne Schunter-Kleemann
EG-Binnenmarkt – Markt der Möglichkeiten oder Markt der Betrogenen?

Margherita Zander
Konservative Familienpolitik als Investition in die Zukunft 95

Hildegard Maria Nickel
Frauen auf dem Sprung in die Marktwirtschaft? 105

Barbara Degen
Frauenquoten – Die Männerjustiz schlägt zu 111

Margit Stolzenburg
Die demokratische Erneuerung der Gewerkschaften – ein kurzer Traum? 117

Heike Notz
Von einer, die auszog, das Tischlern zu lernen 121

Birgit Meiners
Die Liebe in der Moderne
Zum Verhältnis von ökonomischer Umstrukturierung der Frauenerwerbsarbeit und veränderten Lebensweisen von Frauen 125

Gisela Notz
Kinder, Küche, Knete
Der „partizipativen Geburt" folgt nur selten eine partizipative Beteiligung der Väter an den Reproduktionsarbeiten 135

Brunhilde Sauer-Burghard
Immer nur lächeln, immer vergnügt, aber bitte echt!
Eine Skizze zur „echten" Gefühlsarbeit von Frauen 147

Ursula Holtgrewe
Frauenundtechnik – Überlegungen zu einer Denkschrift 155

Diskussionen, Dokumentationen

Farideh Akashe-Böhme
Reflexionen zur Rassismusdiskussion in der Frauenbewegung 161

Christa Wichterich
Ein Buch als Aperitif zum Golfkrieg 164

Ulrike Baureithel
Die Logik des Männerkrieges 165

Erica Fischer
Ein Sieg der Freiheit über die Gewalt 167

Informationen

Kongreß: Frauen gegen Nationalismus, Rassismus/ Antisemitismus, Sexismus
Resolution zum Thema Asyl 169

Vorankündigung Heft 30 171

Autorinnen 173

Margit Stolzenburg

Die demokratische Erneuerung der Gewerkschaften – ein kurzer Traum?

Wie war die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Frauen vor der Wende auf dem Gebiet der ehemaligen DDR organisiert?

Auch in der gewerkschaftlichen Frauenpolitik der DDR wurde davon ausgegangen, daß die Frauenfrage im wesentlichen gelöst sei. Ausgangspunkt war die These, daß „die Befreiung der Frau zur ersten Vorbedingung ... die Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie (hat)", wie das Friedrich Engels in seinem Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" formulierte.
In der DDR stellten Verfassungs-, Sozial- und Arbeitsrecht Mann und Frau im Prinzip gleich. Über 90 Prozent der Frauen waren berufstätig. 82 Prozent haben einen Facharbeiterabschluß oder eine höhere Qualifikation. Frauen konnten über die Anzahl ihrer Kinder, den Zeitpunkt der Geburt bzw. über den Abbruch einer Schwangerschaft selbst entscheiden. Sie konnten, mit der Garantie, an ihren Arbeitsplatz zurückkehren zu können, ein bezahltes „Babyjahr" nehmen (ab dem dritten Kind 18 Monate) oder die Zeit mit den Vätern teilen. Es gab ein ausgebautes Netz von Einrichtungen zur Kinderbetreuung während der Arbeitszeit. Diese Einrichtungen waren staatlich subventioniert. Ihr Besuch war kostenlos. Lediglich für die Verpflegung mußten von den Eltern täglich 1,40 Mark bzw. 0,35 Mark dazubezahlt werden. Die für die Subventionen notwendigen Gelder wurden aus den Betriebsgewinnen an den Staat abgeführt und stellten die „zweite Lohntüte" der ArbeitnehmerInnen in der DDR dar, die nun Stück für Stück abgeschafft wird.
Diese und andere Regelungen, die den Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft erleichtern sollten, konnten zu der Annahme verführen, daß es in der DDR mit der Frauenfrage bestens stehe, daß es nur darum gehe, auf diesem Weg weitere Verbesserungen durchzusetzen.
Geblieben waren allerdings einige grundlegende frauendiskriminierende Fakten: Frauen erzielten durchweg nur 75 Prozent des Einkommens der Männer; sie kamen weniger an kreative, anspruchsvolle Berufe und Arbeitsplätze; sie besetzten nur ein Drittel der Leitungsfunktionen in Staat und Wirtschaft, und diese waren eher auf der mittleren Ebene angesiedelt. Vor allem auf Frauen lasteten Familien- und Hausarbeit. Die Sozialpolitik vergangener Jahre (wie zum Beispiel die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit für Mütter mit mehreren Kindern auf 40 Stunden) hat diese Arbeitsteilung mehr verstärkt als ihr entgegenwirkt.

Wenn den DDR-Frauen auch der Vorwurf gemacht werden kann, daß sie ihre sozialen Rechte und Sicherungen dem Staat nicht in harten Auseinandersetzungen abgetrotzt haben, so erwirtschafteten doch gerade sie in harter, fleißiger Arbeit die ökonomischen Voraussetzungen der sozialen Leistungen. Sie haben ihre Gedanken, Vorschläge und Forderungen in Diskussionen eingebracht und zäh darum gerungen, Beschlüsse in der Praxis durchzusetzen. Auch betriebliche Frauenkommissionen, die auf eine lange Tradition zurückblicken können, haben etliches geleistet. Durch ihren Einfluß auf die Frauen und die betrieblichen Bedingungen haben sie beispielsweise einen großen Anteil daran, daß das Qualifikationsniveau der Frauen vor allem seit Beginn der 70er Jahre deutlich anstieg. Vielfach sorgten Frauenkommissionen in den Betrieben dafür, daß besonders Schichtarbeiterinnen, kinderreiche Familien und Alleinerziehende unterstützt wurden.
Die Gewerkschaftsfrauen, die von ihren betrieblichen Gewerkschaftsleitungen in die Frauenkommissionen berufen wurden, waren meist langjährig erwerbstätige, erfahrene und engagierte Frauen. Jüngere Frauen und Mädchen hielten weniger von einer speziellen Interessenvertretung der Frauen. Ihre Rechte konnten sie auf der Grundlage der Gesetze selbst durchsetzen; darüber hinaus sahen sie in den Frauenkommissionen für sich kein

Aufgabenfeld. Dies machte deutlich, daß gewerkschaftliche Frauenarbeit, sollte sie für erwerbstätige Frauen aller Altersgruppen Bedeutung haben, neu durchdacht werden mußte. Eine Chance bot die Diskussion über eine neue Richtlinie zur Arbeit der Frauenkommissionen, die zu Beginn des Jahres 1988 vom Bundesvorstand des FDGB beschlossen wurde. Sie sollte dazu beitragen, Frauenbelange stärker in den Blickpunkt gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu stellen. Immerhin waren über die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder Frauen; über die Hälfte aller gewerkschaftlichen Funktionen wurden von ihnen ausgeübt. Schwerpunkte der Richtlinie waren:

* das Mitspracherecht der Frauen in den Betrieben und Gewerkschaften,
* der Zugang von Frauen zu moderner Technik,
* die weitere Qualifizierung,
* der Arbeitsschutz und der Abbau von Arbeitserschwernissen,
* die prophylaktische Betreuung der Frauen im betrieblichen und kommunalen Gesundheitswesen,
* die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit.

Die genannten Schwerpunkte waren auch in den betrieblichen Frauenförderungsplänen enthalten. In der DDR gab es seit 1952 ein Gesetz zur Frauenförderung. Es verpflichtete die Betriebe, jährlich konkrete Frauenförderungspläne vorzulegen, in denen u.a. genau festgeschrieben war, welche Frauen sich weiterqualifizieren werden. Über die Einhaltung mußte gegenüber den Beschäftigten Rechenschaft abgelegt werden. Leider wurden die Frauenförderungspläne oft nur formal erfüllt. Trotzdem hatten die Frauenkommissionen damit ein gutes Mittel in der Hand, im Interesse der Frauen auf Betriebs- und Gewerkschaftsleitung Druck auszuüben.
Da gewerkschaftliche Frauenpolitik vor der Wende in der DDR immer davon ausging, daß die Gleichberechtigung im wesentlichen durchgesetzt sei, wurden alle Möglichkeiten vertan, eine Diskussion über die Wurzeln der realen Benachteiligung des weiblichen Geschlechts in Gang zu setzen und so zu einer Erneuerung des Verständnisses der Gleichstellung von Mann und Frau zu kommen.

Wie haben die Gewerkschaftsfrauen die Chancen der Wende genutzt?

Trotz aller „sozialpolitischen Maßnahmen" für die Frauen verschlechterte sich ihre Lage mehr und mehr. Der Arbeitstag in der DDR war lang. 11 bis 12 Stunden täglich unterwegs und den Unregelmäßigkeiten eines vor dem Zusammenbruch stehenden öffentlichen Verkehrsnetzes ausgesetzt zu sein, die tägliche Einkaufsjagd, die Sorge um das Wohl der Kinder, die auf diese Weise auch einen hektischen „Arbeitstag" hatten – all das belastete sie sehr. Mehr und mehr suchten sie einen Ausweg und nahmen eine Teilzeitbeschäftigung an (ca. 30 Prozent der berufstätigen Frauen). Obwohl Teilzeitarbeit in den Betrieben nicht erwünscht war, wurde diese Arbeitsform in der DDR in jedem Fall tariflich abgesichert. Trotzdem nahmen die Frauen damit viele Nachteile auf sich. Vor allem gaben sie so ihre ökonomische Selbständigkeit auf und beugten sich ihrer traditionellen Geschlechterrolle. Manches Verhalten der Frauen nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch erscheint auf den ersten Blick unverständlich, erklärt sich aber aus der realen Lage der Frauen. Viele Frauen waren von der Menge der Arbeit so überlastet, daß sie sich erst einmal nur Ruhe wünschten und unter diesem Aspekt auch den Verlust des Arbeitsplatzes sahen. Das ist um so gefährlicher, da manche Politiker und Wirtschaftsstrategen in ihrer Argumentation daran anknüpfen.
Frauenkommissionen artikulierten die zunehmenden Sorgen der Frauen. Doch mehr tun, als Härten für einzelne Frauen mildern zu helfen, konnten sie nicht. Sie entwickelten sich mehr und mehr zu Feuerwehren und Samariterinnen. Das ging so weit, daß sie selbst Mangelwaren heranschafften und Betriebsverkäufe organisierten.

Es kam die Zeit des Umbruchs, eine Zeit voller Gegensätze, der schmerzhaften Demontage des Alten, der Hoffnungen auf einen Neubeginn bei den Einzelgewerkschaften. In diesem Prozeß, der mit dem Ringen um das Vertrauen der Mitglieder verbunden war, nabelten sich die Einzelgewerkschaften vom Dachverband FDGB ab. Das war ein äußerst komplizierter Prozeß des demokratischen Neubeginns, bei dem die Westgewerkschaften beratend Unterstützung gaben.
Die neugewählten gewerkschaftlichen Frauenvertretungen waren am Erneuerungsprozeß der Gewerkschaften beteiligt. Doch nachdem die betrieblichen Gewerkschaftsstrukturen zerschlagen worden waren und durch Betriebsräte ersetzt wurden und sich viele betriebliche Frauenkommissionen aufgelöst hatten, gelang es nur schleppend, von der Basis her Strukturen der Interessenvertretung der Frauen aufzubauen.
Im Frühjahr 1990 fanden sich die neugewählten Frauenbeauftragten der Einzelgewerkschaften zusammen und berieten über ein neues Aktionsprogramm der Gewerkschaftsfrauen, das auf dem Frauengewerkschaftstag im Juni des Jahres 1990 in Bernau beschlossen werden sollte. Darin wurde davon ausgegangen, daß die Förderung der Frauen und die reale Gleichstellung von Frau und Mann alle Seiten gewerkschaftlicher Interessenvertretung berühren. Gefordert wurde von den Gewerkschaften eine neue Einstellung, ein neues basisorientiertes Konzept zur Frauenarbeit. Frauen wollen vor allem selbst für ihre Interessen eintreten und aktiv werden. Wichtige inhaltliche Forderungen und Schwerpunkte waren:

1. Das Recht auf Arbeit muß Verfassungsgrundsatz bleiben. Es ist zu sichern durch staatliche und betriebliche Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, durch Arbeitszeitverkürzung und Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung, durch gleiche Entwicklungs- und Aufstiegschancen für Frau und Mann, durch die Erweiterung der Palette von Berufsbildern und Lehrstellenangeboten für Frauen und Mädchen. Bei den Arbeitsämtern sind Frauenbeauftragte zu benennen, die sich für die Chancengleichheit von Frauen einsetzen und Maßnahmen zur Frauenförderung absichern.

2. Die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit und Leistung" durch eine umfassende Lohn- und Tarifreform. Frauen sollen in den Tarifkommissionen der Gewerkschaften entsprechend ihrem Anteil mitarbeiten und ihre Interessen selbst vertreten. Schwerpunkte der Tarifpolitik für Frauen sollen u.a. sein:

* Höherbewertung und -bezahlung „frauentypischer" Berufe,
* progressivere Gestaltung von Arbeitsbedingungen, -organisation und -umwelt,
* soziale, familienfreundliche Gestaltung von Arbeitszeiten und Arbeitszeitverkürzung,
* frauenbezogene Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

3. Ausbau des Frauengesundheits- und Arbeitsschutzes sowie Sicherung des gesetzlichen Mutterschutzes, unentgeltliche kommunale und betriebliche Gesundheitsfürsorge.

4. Ein flächendeckendes Netz staatlich subventionierter Kinderbetreuung entsprechend dem Bedarf und auf hohem Niveau, Schulhorte und Schulspeisung, familien- und kinderfreundliche Infrastruktur und kulturelle Vielfalt der Freizeitangebote.

5. Besonderer Schutz und soziale Leistungen für Kinderreiche, Alleinerziehende und Behinderte.

6. Recht auf Schwangerschaftsabbruch.

Über den Inhalt dieser Schwerpunkte gab es wenig Diskrepanzen. Schwieriger wurde es mit der Frage: Wie wollen wir das erreichen? Was wären angemessene Aktionen? Die anwesenden Westfrauen rieten zu Fantasie und Einfallsreichtum. Den Gewerkschaftsfrauen blieb wenig Zeit, ihr Aktions- und Forderungsprogramm zielstrebig durchzusetzen.

Obwohl es in den Betrieben zu harten Diskussionen über die Verantwortlichkeit der Gewerkschaften kam, gaben nur wenige ihre Mitgliedschaft auf. Im Frühjahr 1990 konnte man den Eindruck gewinnen, daß sich die Gewerkschaften zunehmend konsolidierten.

Das zeigten auch die Massenproteste gegen den geplanten Umtausch der DDR-Mark im Verhältnis 2:1, die die Gewerkschaften initiiert hatten. In der Folge dieses Aufbegehrens blies den Ostgewerkschaften ein zunehmend eisiger Wind ins Gesicht. Immer deutlicher wurde die Konzeption des DGB, nur die Gewerkschaftsmitglieder in „Obhut" zu nehmen und nichts von den Strukturen zu übernehmen, auch nichts von dem, was in der Umbruchphase so hoffnungsvoll aufgebaut wurde. Es gibt in der deutschen Sprache etliche neue Begriffe, die die Vernichtung von gewonnenem Selbstverständnis schonungsvoll umschreiben: ob Abwicklung, Warteschleife, Schließung, Auflösung. Die Gewerkschaften haben für sich das Wort Auflösung ausgesucht. Dafür mußte das Vereinsgesetz herhalten, das einen partnerschaftlichen Zusammenschluß angeblich nicht zuläßt.
Da die Vorgehensweise in den Einzelgewerkschaften sehr unterschiedlich ist, um damit den Schein der Eigenständigkeit zu wahren, wird man/frau sehr gründlich alle politischen, finanziellen und auch psychologischen Zusammenhänge beleuchten müssen, um rückblickend die Rolle der Gewerkschaften im Vereinigungsprozeß richtig einschätzen zu können. Haben sich Westgewerkschaften dazu hergegeben, mit ihrer Politik die ArbeitnehmerInnen auf ehemaligem DDR-Gebiet noch für eine gewisse Zeit schwach, unorganisiert und abhängig zu halten? Gewann der Machtrausch ehrgeiziger Gewerkschaftslandesfürsten und ihrer Statthalter die Oberhand? Sollte mit einem solchen Vorgehen wachsenden Demokratiebestrebungen in den eigenen Reihen ein Riegel vorgeschoben werden?

Was können wir Frauen jetzt tun, da das Kind fast in den Brunnen gefallen ist?

Was zusammengeschustert ist, muß jetzt zusammenwachsen. Aufeinander zugehen, zuhören können, einander Gerechtigkeit widerfahren lassen, sich selbstkritisch befragen, welche unzulässigen Kompromisse man/frau selbst in dem jeweiligen gesellschaftlichen System gemacht hat. Notwendig wäre auch das ehrliche Aufarbeiten von Verantwortlichkeiten auf beiden Seiten (wurde der „kalte Krieg" nur einseitig geführt?) und das Nichtvergessen dessen, was um uns herum geschieht. All das wären wichtige Punkte, die besonders wir Frauen in den Einigungsprozeß einbringen sollten.
Wenn wir nichts von dem hergeben wollen, was es an Positivem für uns Frauen in diesem zusammenwachsenden Land gegeben hat, werden wir uns alles abverlangen müssen, was wir gemeinsam vermögen. Allerdings werden alle unsere Bestrebungen von dem weiteren sprunghaften Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern überschattet werden.

Autorinnen

Farideh Akashe-Böhme ist Soziologin mit Arbeitsschwerpunkt: Kultur- und Frauensoziologie. Sie lebt als freie Publizistin in Darmstadt.

Ulrike Baureithel, geb. 1957, Berufstätigkeit als Buchhändlerin, Bibliothekarin, Dokumentarin. Studium der Literaturwissenschaft, Geschichte und Soziologie. Derzeit Redakteurin in Berlin; arbeitet zum Thema Modernisierung der Geschlechterverhältnisse im 20. Jahrhundert.

Barbara Degen, geb. 1941, Rechtsanwältin. Praktischer und theoretischer Schwerpunkt im Bereich des Arbeitsrechts: Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht, Teilzeitarbeit und ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Lohndiskriminierung, hist. Entwicklung der „Gleichberechtigung", mittelbare Diskriminierung, Frauenförderung usw; alleinerziehend, zwei Töchter, lebt in Bonn.

Erica Fischer, geb. 1943 in England, Studium am Dolmetschinstitut der Uni Wien, Mitbegründerin der autonomen Frauenbewegung Österreichs, seit Mitte der 70er Jahre journalistisch und publizistisch tätig, lebt seit Anfang 1988 als freie Journalistin, Autorin und Übersetzerin in Köln.

Ursula Holtgrewe, geb. 1962, Soziologiestudium in Marburg und London, danach wissenschaftliche Gelegenheitsarbeiten über Frauen und/oder neue und alte Informations- und Kommunikationstechnik, arbeitet z. Zt. am Graduiertenkolleg „Arbeit, Technik, Qualifikation" in Kassel an einer Dissertation über „Frauenarbeit in der Informationswirtschaft", lebt in Marburg.

Johanna Kehler, geb 1964, Diplomabschluß (1989) als Kulturwissenschaftlerin; schreibt z.Zt. an der Humboldt-Universität eine Dissertation zum Thema: Frauenmigration in Westafrika; arbeitet daneben zur Situation von Migrantinnen in der ehemaligen DDR.

Birgit Meiners, 34 Jahre, Diplom-Psychologin, von 1984 bis Ende 1988 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der grünen Bundestagsfraktion, arbeitet seitdem am Institut für Arbeitswissenschaft der Universität Bochum über Auswirkungen der Arbeitszeitflexibilisierung auf die Belastungen von Frauen.

Carola Möller, geb. 1929, Dr.rer.pol., Sozialwissenschaftlerin, freiberuflich in der Forschung tätig. Arbeitsgebiete: Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Armut.

Hildegard Maria Nickel, geb. 1948, Dr. sc., Soziologin, Forschungsschwerpunkte: Soziologische Theorie und Frauenforschung, z.Zt. Dekanin im Fachbereich Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin; eine Tochter.

Gisela Notz, geb. 1942, Dr. phil., Sozialwissenschaftlerin im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn; Arbeitsbereiche: Forschung zu bezahlter und unbezahlter Frauenarbeit, Aus- und Weiterbildung.

Heike Notz, 24 Jahre, Tischlerin.

Lydia Potts, geb. 1957, Dr.rer.pol., Studienaufenthalte in verschiedenen Emigrationsländern, seit 1982 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Oldenburg, Institut für Politikwissenschaft II. Lehre im Bereich „Theorie und Politik der Arbeitsmigration" in Studiengängen, die PädagogInnen und LehrerInnen für interkulturelle Praxisfelder ausbilden; weitere Arbeitsschwerpunkte: Frauenforschung und -politik.

Mira Renka, geb. 1948, Kroatin aus (dem noch) Jugoslawien. Seit 1967 in der BR Deutschland, Studium der Sozialpädagogik an der FHSS und der Psychologie an der FU Berlin; z.Zt. in einem Projekt für Frauen aus Jugoslawien beschäftigt.

Brunhilde Sauer-Burghard, geb. 1943, Studium der Soziologie, Sozialpsychologie, Sozialpolitik, Volkswirtschaft und Jura, Akademische Oberrätin an der Universität Köln, Arbeitsschwerpunkte: Sozio-historische Frauenforschung, geschlechtliche Arbeitsteilung und geschlechtsspezifische Sozialisation.

Susanne Schunter-Kleemann, geb. 1942, Hochschullehrerin an der Hochschule Bremen. Veröffentlichungen zu Frauen und Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, EG-Binnenmarkt.

Tilla Siegel, geb. 1944, Soziologin, Mitarbeiterin des Instituts für Sozialforschung Frankfurt und Privatdozentin am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften I der Freien Universität Berlin; Arbeitsgebiete: Sozialgeschichte der Rationalisierung und des Nationalsozialismus, Industriesoziologie, Frauenforschung.

Margit Stolzenburg, von 1987 bis September 1990 Frauensekretärin der IG Druck und Papier; von Mai bis September 1990 Vorsitzende des Frauensprecherinnenrates aller Einzelgewerkschaften; zog Mitte September aus Protest gegen die diskriminierende Überstülpungspolitik der IG Medien ihre Bewerbung bei dieser Gewerkschaft zurück; bildet sich seither an der Berliner Humboldt-Universität auf dem Gebiet der Sozialpädagogik weiter, wehrt sich gemeinsam mit den StudentInnen gegen die „Abwicklungspläne" des Senats.

Gülay Toksöz, geb. 1955 in Ankara/Türkei; Studium der Volkswirtschaft in Ankara; seit 1982 in der BRD, Promotion in der Politikwissenschaft; ab 1990 Bildungsreferentin in dem Projekt Nozizwe: Multikulturelle feministische Bildungsarbeit, Berlin.

Christa Wichterich, geb. 1949, Journalistin, schreibt nach zweijährigem Afrikaaufenthalt weiter gegen die Aufspaltung der Welt in Süd und Nord, Schwarz und Weiß, Arm und Reich.

Margherita Zander, geb. 1948 in Lana/Italien, Studium der Germanistik, Italianistik, Politologie in Bonn (1968 bis 1975); Mitarbeiterin an einem internationalen Forschungsprojekt über die europäische Gewerkschaftsbewegung; 1981 Promotion in Sozialwissenschaften an der GHS-Kassel; freie Journalistin und Publizistin; seit 1985 sozialpolitische Referentin der GRÜNEN im Bundestag; Mitfrau im Forum Ökonomie & Arbeit der Frauen-Anstiftung.